

Guten Abend..

Es ist doch verwunderlich, mit welcher Arroganz der Oberbürgermeister der Stadt Weißenfels am heutigen Abend im MDR- Fernsehen bei „Fakt ist..“ auftreten will.

Sein Statement lautet:

„Die Gesellschaft entscheidet, wie sie lebt - mit allen Konsequenzen!“

Das ist doch der Hohn in Hochpotenz gegenüber den Bürgern von Weißenfels.

Nein, die Gesellschaft dieser Stadt hatte entschieden, die Konsequenzen einer ungebremsten Schlachthoferweiterung bei Tönnies nicht tragen zu wollen. Im Jahr 2008 ist der Herr Risch zum Oberbürgermeister gewählt worden, weil gerade er sich direkt und offen für ein anderes Weißenfels einsetzen wollte.

„Es kommen immer neue Forderungen. Eine neue Abzweigung von der B 91 für rund 2,0 Mio. Euro oder zuletzt nach einem neuen Klärwerk für geschätzte 6,0 – 8,0 Mio. Euro, natürlich wieder zu Lasten der Bürger, wie das gesamte Planverfahren. Dabei konnten bis heute weder Verwaltung noch Unternehmen den Nachweis der Standortverträglichkeit nachweisen. Aber gebaut wurde trotzdem. Ich denke der Standort ist ausgereizt. 8.500 Schweine/Tag, meinerwegen auch 10.000, stellen meines Erachtens das Limit dar.“ sagte er im Interview für die Weißenfelser Seiten am 14.04.2008

Was wurde nach der Wahl daraus Herr Oberbürgermeister?

Der Schlachthof expandierte und expandiert weiter. Die Schlachtzahlen haben die 15.000 pro Tag offiziell erreicht. Das Land bestrafte den ZAW und somit Weißenfels wegen mehrfachen Überschreitungen der Abwasserwerte der Kläranlage mit Millionenstrafen. Fast 10 Millionen Euro erhöhte Abwasserabgabe. Die Krone setzte sich der OB auf, weil er, obwohl bereits bekannt war, dass die Landesbehörden handeln und abstrafen werden, die Vertragsänderung mit Tönnies zur Erhöhung der Einleitmengen auf 2.500 m³ pro Tag durch Frau Girnus hat genehmigen lassen. Das war im Dezember 2009 als er noch den Vorsitz der Verbandsversammlung innehatte. Dann wird geklagt und wie wir es bereits ahnten, verloren.

Eine Gerichtsverhandlung gegen das Landesverwaltungsamt. Das wirtschaftliche Ergebnis kann sich wieder einmal sehen lassen: sechsstellige Rechnung für Gericht und Anwaltskanzleien.

Das ist aber nur ein Ergebnis.

Ein weiteres liegt darin, dass alle Vermutungen unsererseits und alle bisher unbeantworteten Fragen der Runden Tische amtlich bestätigt wurden.

Die Politik in Weißenfels war und ist vollständig auf die Förderung der Lebensmittelindustrie ausgerichtet - koste es was es wolle. Es wird gelogen, geschoben, gekungelt, verschleiert, wenn es um den Schlachthof und das Klärwerk geht.

Ich sage hier, wir Bürger der Stadt Weißenfels sind abwassertechnisch mit dem jetzigen Klärwerk gut aufgestellt. Wir brauchen die Erweiterung nicht. Die Erweiterung des Klärwerkes ist alleinig im Interesse des Schlachthofes.

Das ist jetzt vom Verwaltungsgericht bestätigt. Alle Ausflüchte halten nicht mehr stand.

Herr Risch, wir fordern den Stopp der Kläranlagenerweiterung und die Rücknahme des Bürgerschaftsbeschlusses des Stadtrates. Kein Geld für die Erweiterung der Kläranlage. Fördergelder nur für die Rüb's.

1. Der Schlachthof soll auf eigene Kosten und auf eigenem Gelände eine eigene Kläranlage bauen.
2. Sofortige Installation von Messeinrichtungen am Direkteinlauf des Schlachthofes in die biologische Stufe und strikte Kontrolle der Einleitmenge von maximal 2500 m³/Tag. Bei Verstoß- Schieber zu!
3. Legen Sie endlich die Geheimverträge mit der Lebensmittelindustrie auf den Tisch. Wir glauben nach dem Prozess nicht daran, dass diese Betriebe genauso behandelt werden wie der normale Gebührenzahler.

Wir fordern im Interesse der Verhinderung weiterer Kosten, dass auf eine Revision des Urteils verzichtet wird. Es kann aus knapp 10 Millionen Euro ganz schnell 11 Millionen werden. Gehen Sie verantwortlich mit den Steuergeldern derer Bürger um, dazu rufen wir Stadträte und Oberbürgermeister auf.

Das Gleiche gilt für den geplanten Prozess gegen die Stadtwerke, das Fleischwerk und Ingenieurbetrieb aquaconsult. Überlegen Sie, ob die Stadt die Spur einer Chance besitzt, erfolgreich zu klagen. Bekanntlich liegen bei diesen zivilrechtlichen Prozessen die Kosten wesentlich höher. Sie sind als Oberbürgermeister verpflichtet, Schaden von der Stadt abzuwenden. Ihre Politik der uneingeschränkten Zuwendung zu Tönnies hat uns schon genug geschadet.

Am besten, Herr Risch Sie treten zurück, das ist das Beste für die Stadt